

## **Kleine Anfrage 1104**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Schallschutzprogramm BER – Küchen**

Das Schallschutzprogramm wird vom Flughafen FBB in der Praxis so gehandhabt, dass Räume, die nicht über bestimmte Raumhöhen oder Raumgrößen verfügen, als baurechtswidrig oder als nicht schutzwürdig bezeichnet werden.

Eine bemerkenswerte Position der FBB ist das Vorgehen der FBB Küchen erst ab einer Größe von 10 qm als schutzwürdig zu bezeichnen, weil dies durch keine Rechtsvorschrift gedeckt ist.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass in allen Bauordnungen, die für den räumlichen Bereich um den Flughafen Berlin Schönefeld jemals gegolten haben (Bauordnung für die Vororte Berlins, preußische Einheitsbauordnung mit den daraus abgeleiteten Bauordnungen, DDR Bauordnung, DDR Bauordnung von 1990; NRW Bauordnungskommentar neue Bundesländer; Brandenburgische Bauordnungen ab 1994) Küchen als zum dauernden Aufenthalt geeignete Räume bezeichnet werden?
2. Trifft es zu, dass Küchen in Wohnhäusern, gleich welche Größe sie haben, die bauordnungsrechtlichen Vorschriften, wie sie für alle Wohnräume gelten, erfüllen müssen?
3. Trifft es zu, dass in Baugenehmigungen Küchen unter Wohnfläche subsumiert werden?
4. Gab es Festlegungen über Mindestraumgrößen in den jeweiligen Bauordnungen, die unter 10qm lagen (so z.B. die DDR Bauordnung mit 6 qm) oder gab es andere Festlegungen?
5. In welchen Bauordnungen gab es keine Festlegungen zu einer Mindestraumgröße?
6. Welches ist der rechtliche Grund für die FBB, Küchen unter 10 qm als nicht schutzwürdig zu bezeichnen?

7. Trifft es zu, dass das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) in einer internen Ausarbeitung die Auffassung vertreten hat, dass Küchen grundsätzlich schutzwürdig sind, sofern es sich nicht um reine Tee- oder Kaffeeküchen handelt? Wenn ja, wer verwaltete diesen Vorgang? Welches Aktenzeichen hat der Vorgang und wo kann man Akteneinsicht in den Vorgang nehmen?
8. Trifft es zu, dass die FBB mit selbstformulierten und nicht nachvollziehbaren Ausschlussstatbeständen den Schutz der Betroffenen in einer Vielzahl von Fällen grundsätzlich verhindert?
9. Wann gedenkt die Oberste Luftfahrtbehörde gegen derartige Missstände vorzugehen, um Bürgern den ihnen zustehenden Schallschutz zu ermöglichen?